

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Tlx: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Robert Antretter MdB
zu den Aufgabenstel-
lungen der WEU und
der Wahl ihres neuen
Vorsitzenden: Die
"Europaverträglichkeit"
der Sozialdemokraten.

Seite 1

Von Christoph Mat-
schie MdB zur Umwelt-
und Entwicklungs-
Konferenz in Rio: Nur
noch wenige Schritte
vor dem Abgrund.

Seite 3

Dr. Eberhard Bracht
MdB zur Entwicklung
im zerfallenden Jugo-
slawien: Der Frieden
kann nicht militärisch
erzwungen werden.

Seite 4

Siegrun Klemmer MdB
und Ulrike Mehl MdB
zum Vorschlag der EG-
Kommission über den
Umgang mit Tieren und
Pflanzen: Eine Kata-
strophe für den Arten-
schutz.

Seite 6

47. Jahrgang / 106

4. Juni 1992

Die "Europaverträglichkeit" der Sozialdemokraten

Zu den Aufgabenstellungen der WEU und der Wahl ihres neuen
Vorsitzenden

Von Robert Antretter MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der
Westeuropäischen Union

Mit der Wahl von Professor Hartmut Soell zum Präsidenten der Parla-
mentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) tritt
ein deutscher Sozialdemokrat an die Spitze eines europäischen Gre-
miums, das in den letzten Jahren zunehmend die Aufmerksamkeit der
Öffentlichkeit gefunden hat. Hartmut Soell übernimmt den Vorsitz die-
ser Versammlung, der Parlamentarier aus allen neun Mitgliedsstaaten
(EG ohne Dänemark, Griechenland und Irland) sowie Beobachter aus
anderen europäischen Staaten angehören, zu einem Zeitpunkt, der
von einer sicherheitspolitischen Umbruchphase geprägt ist. Nach
dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind die europäischen Staaten mit
neueren sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert, weil
ein lokaler Krieg wieder führbar erscheint, wie der Bürgerkrieg in
Jugoslawien augenscheinlich belegt. Um so dringlicher ist ein
geschlossenes und rechtzeitiges Handeln der EG und der WEU, die im
Vorfeld regionaler Krisen mit eindeutigen Sanktionsbeschlüssen,
Embargomaßnahmen, Waffenexportkontrollen, dem Angebot von
Vermittlungsdiensten und friedenserhaltenden Missionen ihre
Entschlossenheit unter Beweis stellen müssen, allen Aggressionen und
völkerrechtswidrigen Handlungen entgegenzutreten.

In den nächsten Jahren kommt es darauf an, die Formelkompromisse
des Maastrichter Vertragswerkes zu klären. Darin ist die Rede, daß die
WEU eine wichtige Rolle als verteidigungspolitische 'Komponente' der
Europäischen Union und als europäische Säule in der NATO spielen
soll. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die USA, Großbritannien
und die Niederlande gegen eine operative Aufwertung der WEU spen-
den, weil sie befürchten, daß die NATO durch eine europäische Son-
derbündelei auf Dauer gefährdet werden kann. Die Konflikte im Kauka-
sus und in Jugoslawien zeigen jedoch, daß in Osteuropa ein Machtva-
kuum entstanden ist, das die westeuropäischen Staaten zur Über-
nahme von mehr Verantwortung im Krisenmanagement herausfordert.
Erste Ansätze hierzu sind erkennbar: so wird die WEU mittelfristig
einen eigenen militärischen Aufklärungssatelliten starten und arbeiten
die WEU-Staaten bei der Überwachung der KSZE-Rüstungskontroll-
abkommen zusammen, denen nach dem Auseinanderbrechen der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Sowjetunion nach wie vor eine besondere Dringlichkeit zukommt. Regelmäßig treffen sich auch die Spitzen der nationalen Streitkräfte im Rahmen der WEU. Leider läßt die Information über diese Zusammenarbeit gegenüber den WEU-Parlamentariern immer noch zu wünschen übrig. Wir Sozialdemokraten sind nicht mehr gewillt, diese Geheimniskrämerei länger hinzunehmen, zumal in diesen Zusammenkünften offensichtlich die militärisch-logistischen Voraussetzungen von Einsätzen der Streitkräfte der WEU-Mitgliedsstaaten außerhalb des NATO-Gebietes erörtert werden.

Das Maastrichter Vertragswerk hat bekräftigt, daß die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu "gegebener Zeit" zu "einer gemeinsamen Verteidigung" in der WEU führen "könnte". Mit dem Aufbau eines deutsch-französischen Heerescorps, dem sich andere Nationen anzuschließen gewillt zeigen, scheinen Deutschland und Frankreich jedoch den bilateralen Weg den Vorzug geben. So richtig die Integration von Streitkräften unter dem Blickwinkel einer europäischen Einbindung Deutschlands ist, so unlauter ist der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, mit einem vernünftigen Ziel, den deutschen Sozialdemokraten eine Grundgesetzänderung hinsichtlich des Einsatzes deutscher Streitkräfte außerhalb des NATO-Gebietes abzunötigen. Wer kann die Garantie abgeben, daß deutsche Fallschirmjäger nicht eines Tages Seite an Seite mit den französischen "parachutists" über dem Tschad, Gabun oder der Zentralafrikanischen Republik zum Einsatz kommen? Wie kann eine militärische Verbrüderung in Szene gesetzt werden, ohne das Verhältnis dieses Corps zur NATO zu klären? Welche Rechtsstellung haben deutsche Wehrpflichtige gegenüber französischen "Schleifern"? Sieht die Bundesregierung nicht die Ängste in den kleineren westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EG und der WEU vor einem deutsch-französischen Direktorium?

Die WEU ist die einzige westeuropäische Organisation, deren Vertrag eine Zuständigkeit für Sicherheits- und Verteidigungsfragen aufweist. Noch immer sind bestimmte wechselseitige Beschränkungen und Mitentscheidungsrechte des WEU-Rates hinsichtlich des Personalumfangs und der Bewaffnung der nationalen Streitkräfte in Kraft. Diese Bestimmungen kann die Bundesregierung nicht einfach ignorieren. Wir deutschen Sozialdemokraten werden die Bundesregierung in den nächsten Monaten zu einer Klärung der militärischen Aufgaben des deutsch-französischen Heerescorps und seiner Beziehung zur NATO drängen. Falls die militärische Führungsspitze der Bundeswehr dem Glauben nachhängen sollte, über die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich eine Art eigenständigen Generalstab außerhalb der NATO-Militärintegration aufzubauen, dürften wir uns nicht scheuen, bei der Mitte der neunziger Jahre anstehenden Revision der WEU-Vertragstexte auf eine Fortsetzung der 1954 durch Bundeskanzler Adenauer eingegangenen deutschen Selbstbeschränkungen in der NATO zu drängen.

Viele kritische Fragen sind in den letzten Wochen und Monaten an den Kurs der deutschen Außenpolitik herangetragen worden. Die Wahl eines deutschen Sozialdemokraten an die Spitze einer europäischen Versammlung der nationalen Parlamentarier wird dazu beitragen, die Wogen zu glätten. Das leicht durchschaubare Spiel der Bundesregierung, die "Europaventräglichkeit" der Sozialdemokraten in Frage zu stellen, wird nicht länger wirken.

(-/4. Juni 1992/rs/ks)

Nur noch wenige Schritte vor dem Abgrund...
Zur Umwelt- und Entwicklungs-Konferenz in Rio

Von Christoph Matschie MdB

I.

Schon lange gibt es ernstzunehmende Wissenschaftler, die sagen: "Die Menschheit ist am Ende. Sie wird sich nicht aufhalten lassen in ihrer Gier nach immer mehr und damit das Leben auf der Erde zerstören."

Sind wir wirklich schon so kurz vor dem Abgrund? Müssen wir den Weg bis zum bitteren Ende weitergehen?

Daß die Lage bedrohlich ist, leugnen selbst hartnäckige Optimisten nicht mehr. Zwar ist die Lebenswelt auf der Erde ein anpassungsfähiger und robuster Organismus, aber die Anzeichen ernsthafter Krankheit mehren sich:

- o Täglich sterben mehrere Pflanzen und Tierarten unwiederbringlich aus.
- o Die Ozonschicht, die uns vor gefährlicher UV-Strahlung schützt, wird dünner und dünner.
- o Die Schadstoffe in der Luft nehmen weiter zu.
- o Bereits heute produzieren wir pro Jahr sechs mal mehr Kohlendioxid als die Erde verarbeiten kann. Der Rest verbleibt in der Atmosphäre und heizt das Klima auf.
- o Selbst im Fleisch von Pinguinen lassen sich schon Gifte feststellen, die wir auf unseren Äckern versprüht haben.
- o Sechzig Prozent der Wälder in Deutschland sind nachweislich geschädigt.

Viele der Störungen sind noch nicht augenfällig sichtbar. Aber so wie sich viele Krankheiten im menschlichen Körper erst relativ unbemerkt ausbreiten, bis sie zum vollen Ausbruch kommen, so bereitet sich die Zerstörung im Organismus Erde aus.

Nur aufmerksame Beobachter und Experten nehmen das Ausmaß der negativen Veränderungen wahr.

II.

Seit Mittwoch tagt die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Hier sollen Wege gesucht werden zur Rettung des blauen Planeten. Doch die Fronten sind hart.

Die Industriestaaten wollen nicht von ihrem Wohlstand lassen und die Entwicklungsländer, die von Armut und Massenelend geplagt sind, können nicht auf industrielles Wachstum verzichten.

Wo soll der Ausweg zu finden sein?

Ein Vertreter der indianischen Ureinwohner Lateinamerikas hat kürzlich gesagt: "Wenn ihr nicht wieder von uns lernt, daß die Erde nicht ein beliebig verfügbarer Rohstoff ist, sondern unsere Mutter, die uns trägt und nährt, werden wir alle gemeinsam untergehen."

Völker, die noch so dicht mit der Natur zusammenleben, haben ein elementares Gespür der Zusammenhänge zwischen Mensch und Umwelt. Wir sollten deshalb genau hinhören. Unsere industrielle Kultur hat uns weitgehend von der Natur entfremdet. Wir sind scheinbar von ihr unabhängig geworden und nehmen die Reaktionen der Natur auf unser Verhalten deshalb kaum noch wahr. Wir verfügen über sie so wie über alltägliche Gegenstände.

Genau an dieser Stelle sollten wir nach einer Lösung aus unserem Dilemma suchen. Wir müssen den elementaren Wert der natürlichen Umwelt wieder erkennen und wir müssen diesen Wert in all unsere

Überlegungen und Berechnungen mit einbeziehen. Viele Dinge werden dann nicht mehr so billig zu haben sein, aber spätestens unsere Kinder und Enkel werden erfahren, daß materieller Wohlstand ohne lebensfähige Umwelt nichts mehr wert ist.

Es gibt vielfältige Überlegungen, wie man zu einer Entwicklung kommen kann, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt, doch ein großer Teil der Politiker scheut vor wirksamen Schritten zurück aus Angst die Bevölkerung könnte es ihnen übernehmen. Deshalb ist jede und jeder von uns gefragt. Wir müssen eine Politik fordern, die die Erde nicht noch weiter zerstört. Mag sein, daß auch mancher von uns Angst vor den notwendigen Veränderungen hat. Vielleicht aber werden wir auf diesem Weg auch feststellen, daß unser Leben schöner und reicher dadurch wird. Wenn wir behutsamer mit unserer Erde umgehen, vielleicht lernen wir dann auch wieder behutsamer mit uns selbst und mit den Menschen neben uns umzugehen.

Den Versuch sollten wir allemal wagen. Tun wir es nicht, bleiben uns wirklich nur noch die wenigen Schritte vor dem Abgrund.

(-/4. Juni 1992/rs/ks)

Der Frieden kann nicht militärisch erzwungen werden Zur Entwicklung im zerfallenden Jugoslawien

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Der Zerfall Jugoslawiens ist längst besiegelt, und doch geht der Krieg auf dem Balkan unvermindert weiter. Die Spirale des Grauens und der Gewalt scheint ohne Ende zu sein. Besonders die unsäglichen Leiden der Zivilbevölkerung, die alle Grausamkeiten marodierender Truppen, von der Vertreibung über die Geiselnahme bis zum Massaker ausgesetzt ist, erhöhen den Druck auf die europäische und internationale Politik, zu entschiedeneren Maßnahmen als bisher zu greifen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) hat sich nun zu verschärften Maßnahmen gegen Serbien und Montenegro entschlossen. Die von ihm verhängten Sanktionen sind sehr umfangreich und durchaus mit denen zu vergleichen, die man vor dem zweiten Golfkrieg gegen die Aggression des Irak verhängt hatte. Dazu gehören:

- Die Suspendierung wissenschaftlicher, technischer und kultureller Zusammenarbeit,
- die Verringerung des Personals von Botschaften und Konsulaten,
- die Unterbrechung aller Luftverbindungen,
- das Einfrieren der Bankkonten im Ausland,
- ein Handels- und Ölembargo.

Schon im Herbst vorigen Jahres hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein internationales Waffenembargo gegen ganz Jugoslawien verhängt.

Lange, allzulange haben die Amerikaner, die im Sicherheitsrat den Ton angeben, aber auch die anderen dort vertretenen Mächte weggesehen und es der Europäischen Gemeinschaft überlassen, mit ihren Friedensverhandlungen eine Lösung des Konflikts zu finden. Es war aber schon frühzeitig erkennbar, daß die EG mit ihrer Rolle als ehrlicher Makler überfordert war. Die EG-Mitgliedsländer waren oft zu uneinig untereinander, um einen Ausgleich unter den Konfliktparteien herbeiführen zu können. Die Vermittlerrolle der EG im Jugoslawienkonflikt hat offenkundig gemacht, wie weit die EG von einer gemeinsamen Außenpolitik noch entfernt ist.

Bei der Kritik an der EG muß man sich klar machen, daß Sanktionen, die von der EG verhängt werden, mit solchen der UNO nicht vergleichbar sind. Die EG verfügt nämlich weder völkerrechtlich, noch politisch über die nötigen Instrumente und Grundlagen, um die Anrainerstaaten der Konfliktparteien zu Boykottmaßnahmen zu verpflichten. Manche Beobachter, denen das Vorgehen der EG zu lasch war, machen sich jetzt eifertig daran, die Wirksamkeit der von den UN beschlossenen Sanktionen in Zweifel zu ziehen. Dazu besteht jedoch kein Grund.

Zunächst einmal während die Sanktionen von allen Staaten schnell einzuleiten und strikt einzuhalten. Es ist ja keineswegs so, daß Serbien und Montenegro wirtschaftlich unabhängig sind. Sie waren Republiken einer Föderation Jugoslawien und schon aus diesem Grunde auf eine wirtschaftliche Arbeitsteilung ausgerichtet. Im übrigen könnte im Bedarfsfall die Sanktionsschraube weiter angezogen werden: Am Sitz der UN in New York werden inoffiziell weitere Druckmaßnahmen erwogen. Dazu gehört die Möglichkeit einer Seeblockade vor den Hafenstädten an der Adria und die Einrichtung einer Sicherheitszone um die bosnische Hauptstadt Sarajewo nach dem Vorbild des internationalen Schutzes der Kurden im Nordirak.

Die Leiden der Zivilbevölkerung nicht verschweigen

Zweifellos wurden die vom Sicherheitsrat verabschiedeten Maßnahmen zu spät beschlossen. Der Sache nach aber sind sie richtig und gerechtfertigt. Bei aller Empörung über die serbische Führung, die jugoslawische Bundesarmee und die serbischen Freischärler wird man freilich nicht vergessen dürfen, daß die beschlossenen Maßnahmen auch die Zivilbevölkerung, darunter die nichtserbischen Minderheiten wie die Ungarn in der Vojvodina und die Kosovo-Albaner empfindlich treffen wird. Wer vom Leiden der Zivilbevölkerung spricht, wird sie auch bei diesen Völkern nicht verschweigen dürfen. Es ist gut, daß die Verhängung des Handelsboykotts Lebensmittel und Medikamente nicht einschließt und daß die Unterbrechung der Luftverbindungen für humanitäre Zwecke nicht gilt.

Kritiker, denen die verhängten Sanktionen nicht weit genug gehen, pochen auf ein direktes militärisches Eingreifen der Weltorganisation oder europäischer Organisationen in die Kämpfe des ehemaligen Jugoslawien. Völkerrechtlich könnten die UN auf die Grundlage von Artikel 43 der Charta mit Waffengewalt eingreifen, ob sie es auch politisch könnten, steht dahin. Einer militärischen Aktion europäischer Organisationen, zum Beispiel der WEU, fehlt hingegen jede völkerrechtliche Legitimation. Überdies machen es sich die Befürworter einer gewaltsamen Intervention viel zu einfach. Sie suggerieren, daß eine militärische Erzwingung des Friedens in Jugoslawien ein schmerzlicher, aber kurzer Eingriff sei. Das ist aber nur eine blanke Behauptung, die durch nichts belegt ist, weder durch die historische Erfahrung, noch durch den Sachverstand von Militärexperten.

Die unterstellte Parallele zum Golfkrieg ist einfach falsch. Weder gibt es einen eindeutigen Gegner, noch ein bestimmtes Kampfgebiet. Hier ginge es nicht wieder um einen Wüstenkrieg, sondern um einen Guerillakrieg, der sich auf relativ dicht besiedelte Territorien in Südosteuropa erstrecken würde. Der Blutzoll, den die internationalen oder multilateralen Truppen zu entrichten hätten, wäre sehr hoch. Vor allem sind gründliche Zweifel angebracht, ob das Blutvergießen unter der Zivilbevölkerung auf diesem Wege schnell beendet werden könnte. Nein, eine militärische Intervention in Ex-Jugoslawien ist keine politische Alternative zu den Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft.

Die Beschlüsse der UN sollten nicht zerredet, sondern unterstützt werden. Es kommt jetzt darauf an, daß die nun von der NO beschlossenen Sanktionen von allen Ländern ausnahmslos rasch umgesetzt und streng durchgeführt werden. Nur so können sie zum erhofften Erfolg führen.

(-/4. Juni 1992/rs/ks)

Eine Katastrophe für den Artenschutz

Zum Vorschlag der EG-Kommission über den Umgang mit Tieren und Pflanzen

Von Siegrun Klemmer MdB und Ulrike Mehl MdB

Berichterstellerinnen im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

Täglich sterben mindestens 100 Tier- und Pflanzenarten aus, aber mit solchen Kinkerlitzchen darf man der Kommission der Europäischen Gemeinschaften nicht kommen. Sie hat einen Vorschlag vorgelegt, wie sie sich in Zukunft die Regelung des Besitzes von und des Handels mit Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten vorstellt. Der Leser wendet sich mit Grausen. Ist schon die Sprache schlecht, mißverständlich und schlampig und die Struktur umständlich, so bedeutet der Inhalt des Kommissionsvorschlags für den Artenschutz eine Katastrophe. Bundesrat, Bundesregierung und Bundestag lehnen den Vorschlag deshalb einhellig ab. Die bestehende Verordnung wird völlig aufgeweicht, wirtschaftlichen Interessen wird absoluter Vorrang eingeräumt.

Zum Vergleich: Das bundesdeutsche Naturschutz regelt in seinen Paragraphen 20 ff. detailliert Verbote und Schutzvorschriften betreffend Ein- und Ausfuhr, Transport, Besitz, Kauf und Verkauf. Einige Regelungen sind als Verbote gefaßt, mit keinen oder nur wenigen zugelassenen Ausnahmen. Nicht, daß es an diesem Gesetz nichts zu verbessern gäbe, im Gegenteil. Die schon lange überfällige Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes steht noch immer aus. Artenschutzrechtliche Verbesserungen sind auch hier dringend notwendig. Dennoch: Im Vergleich zum nun ergangenen Kommissionsvorschlag nimmt sich selbst die geltende Fassung aus wie radikalster Artenschutz.

Ein Beispiel: Das Walroß ist bereits in einer früheren EG-Verordnung erwähnt, wird nach bundesdeutschem Recht aber zusätzlich geschützt. Die Kegelrobbe, in der alten EG-Verordnung nicht genannt, wird nach dem Bundesnaturschutzgesetz ebenfalls besonders geschützt. Demnach dürfen diese Tiere nicht gefangen, verletzt, in ihren Lebensräumen gestört, in Besitz genommen oder verkauft werden. Nach dem neuen Kommissionsvorschlag dürfen sie, falls kein Votum der "wissenschaftlichen Prüfgruppe" vorliegt, bedenkenlos eingeführt werden, wenn die Behörde des Herkunftslandes sich einverstanden erklärt. Wir wissen, daß in erster Linie an wirtschaftlichen Gesichtspunkten interessierte Regierungen oft eher lasch mit der Erteilung solcher Genehmigungen umgehen.

Ohne die Beispiele aus dem komplizierten Regelwerk weiter ausführen zu wollen: Es geht auch anders. Notwendig sind "Positivlisten", auf denen die Arten verzeichnet sind, die ohne Gefahr für ihren Erhalt ein- und ausgeführt werden können. Nur für sie wären dann Handel und Besitz erlaubt. Stattdessen gibt es heute nur "Negativlisten", auf denen die gefährdeten Arten genannt sind, so daß die Zahl dieser geschützten Arten weit unter derjenigen für die ungeschützten liegt.

Der Bundesrat stimmt der Einführung von Positivlisten zu. Die SPD-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt, doch die Bundesregierung sträubt sich heftig. Das Europaparlament hat ebenfalls die Einführung von Positivlisten befürwortet, es hat aber keine Kompetenzen. Was lernen wir daraus?

Die Europäische Gemeinschaft als eine Institution in, gelinge gesagt, vordemokratischem Zustand, macht die mühsam erkämpften, kleinen Fortschritte wieder zunichte, die in harträckigem Einsatz zugunsten von Natur- und Artenschutz für den einen oder anderen Mitgliedsstaat erkämpft wurden. In Rio wird heftig über die Umwelt diskutiert, von Entwicklungsländern wird gefordert, daß sie gefälligst ihre Regenwälder schützen und bei sich die Demokratie einführen, während wir selber uns beeilen, die einzelstaatlichen Errungenschaften einem EG-Koloß von vorsintflutlicher politischer Konstitution, einem "Markt ohne Staat" zum Fraß vorzuwerfen. Da werden alle Naturschutz-Bekundungen zur zynischen Heuchelei.

Die EG-Kommission will, daß ihr Vorschlag noch im kommenden Herbst seine abschließende Beratung durchläuft und bereits zum 1. Januar 1993 in Kraft tritt. Die Bundesregierung muß alles in ihrer Macht stehende tun, um das zu verhindern. Dazu braucht sie wenigstens noch die Stimmen eines anderen großen und eines kleinen Mitgliedlandes, um ihre Bedenken durchzusetzen. Bundesumweltminister Töpfers Glaubwürdigkeit hängt auch an der Konsequenz, mit der er solch fatalen EG-Vorstößen entgegentritt.

(-/4. Juni 1992/rs/ks)